Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 84 (1990)

Heft: 7-8

Artikel: Diskussion : wider den Verweigerungsaufruf : Kritik am Verweigerungsaufruf - nicht an einer Ethik des Ungehorsams ; Die Verführungskraft der Machtspiele

Autor: Crain, Fitzgerald / Capaul, Carlo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143560

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wider den Verweigerungsaufruf

Der «Verweigerungsaufruf», den vorzubereiten die GSoA beschlossen hat, war bereits zweimal Gegenstand von Diskussionsbeiträgen in den Neuen Wegen: Im Maiheft hat Beat Rüegger das Vorgehen der GSoA als politisch unklug, moralisch problematisch und wenig durchdacht kritisiert. Darauf antwortete Marc Spescha in der Juninummer, der «Verweigerungsaufruf» sei angesichts der skandalösen Behandlung der Militärverweigerer ein «Notwehrakt». Der Aufruf werde niemandem die Entscheidung für die eigene Verweigerung abnehmen, sei aber eine Ermutigung für alle potentiellen Verweigerer. Als Ziel des «Verweigerungsaufrufs» nannte Spescha die Einführung eines «würdigen Zivildienstes» nach dem Beispiel der DDR (gleich lange Dienstdauer wie für Militärdienst, freie Wahl nach schriftlicher Begründung). Nachstehend melden sich Fitzgerald Crain und Carlo Capaul, zwei GSoA-Mitglieder und Freunde unserer Zeitschrift, zu Wort. Beide üben Kritik am Verweigerungsaufruf und auch an Marc Speschas Argumentation. Fitzgerald Crain, Psychologe und Dozent in Basel, hat die Armeeabschaffungsinitiative mit substantiellen Beiträgen in verschiedenen Publikationenen der GSoA, zum Beispiel schon im Sammelband «Unterwegs zu einer Schweiz ohne Armee» (1986), unterstützt. Carlo Capaul ist katholischer Theologe, arbeitet als Vikar in Rheinfelden und hat die GSoA-Initiative vor allem in Kirchgemeinden und kirchlichen Medien vertreten. Die Diskussion konzentriert sich immer mehr auf die Fragen, ob der Moment einer kollektiven Aktion des zivilen Ungehorsams gegen die «Gesamtverteidigung» schon gekommen sei, ob ein Verweigerungsaufruf bei den Verantwortlichen wirklich Handlungsdruck und nicht vielmehr Gegendruck erzeugen würde, ob es zu verantworten sei, diesen Aufruf zu unterzeichnen, ohne selbst die Folgetat begehen zu wollen, ob daher an die Stelle des Verweigerungsaufrufs nicht eine «Solidaritätserklärung» treten sollte. Red.

Kritik am Verweigerungsaufruf – nicht an einer Ethik des Ungehorsams

Die aktuelle Auseinandersetzung innerhalb der GSoA ist wichtig und symptomatisch zugleich. Sicher stehen Fragen des politischen Sinns und der moralischen Berechtigung «eigenständiger Ungehorsamsakte» (Marc Spescha) gegenüber dem Staat im Zentrum. Zugleich geht es aber um mehr: um die Identität der GSoA nach dem 26. November und um ihre Zukunftsperspektiven. Als Kritiker des Aufrufs lege ich die für mich wichtigsten Argumente dar. Zweitens äussere ich mich zur These, dass der Aufruf zur Massenverweigerung die Identitätsfrage der GSoA zugleich verdeckt und sichtbar macht. Drittens formuliere ich einen Gegenvorschlag.

Der Aufruf ist politisch fragwürdig

1. Wenn die GSoA resp. die Arbeitsgruppe «Amnestie jetzt» eine Amnestie für alle Militärverweigerer und die Sistierung der laufenden Verfahren verlangt, so verlangt sie Unmögliches. Die «politischen VerantwortungsträgerInnen» können gar nichts anderes tun, als diese Forderung zurückzuweisen. Den Aufrufenden (uns, der GSoA) bleibt nichts anderes als die *Märtyrerrolle*. Wir Linke neigen ja dazu, uns in dieser Rolle zu gefallen. Politisch aber bringt sie nichts.
2. Erzeugt der Aufruf tatsächlich einen Handlungsdruck? Und wenn – wohin entlädt er sich? Denkbar sind auch Verhärtung und *Gegendruck*. Die GSoA könnte wieder in die Ecke der Narren und Närrinnen gestellt werden, wo man sich mit uns nicht auseinanderzusetzen braucht. Haben wir uns gut überlegt, ob uns das längerfristig etwas bringt?
3. Wenn die KritikerInnen des Aufrufs betonen, die Aktion sei *kontraproduktiv*, so wird uns entgegengehalten, das Argument sei uns doch bestens bekannt. Bis zum Überdruss haben wir diesen Vorwurf immer wieder vernommen, schon vor der Lancierung der Initiative und noch bis ins Abstimmungsjahr hinein. Haben wir diesen Vorwurf nicht gründlich widerlegt? Nur: Die Tatsache, dass wir, wie Andi Gross formulierte, das Heiligtum «Armee» legal mit dem Heiligtum «Volksinitiative» in Frage stellten (vgl. NW 1990, S. 87), sicherte uns Öffentlichkeit. Mann und Frau mussten sich irgendwann und erst noch über längere Zeit hinweg mit der radikalen Idee der Armeeabschaffung befassen. Im Fall des Aufrufs ist diese Öffentlichkeit keineswegs gewährleistet. Wir mögen noch so differenziert argumentieren, was davon «herüberkommt», könnte sich auf klischeehafte Bilder linken Querulantentums beschränken.
4. Wenn das Thema «Zivildienst» öffentlich diskutiert wird, dann im Zusammenhang mit der geplanten CVP-Initiative. Wir aber haben keinen eigenen Vorschlag zu bieten. Wir protestieren gegen die Kriminalisierung der Militärverweigerer und fordern eine Amnestie, ohne unsere

Bereitschaft zu einem solchen Zivildienst zu bekunden. Wie wollen wir uns in der Diskussion pro und contra Zivildienst verhalten?

Der Aufruf ist moralisch nicht akzeptabel

Ich finde den Aufruf in dieser Form politisch unklug. Zumindest sehe ich nicht, was er uns bringen soll, was der GSoA, was der Sache des Zivildienstes. Stärker aber fällt für mich der moralische Aspekt ins Gewicht. Marc schreibt, wer den Aufruf unterzeichne, möge «selbst entscheiden, ob er/sie glaubwürdig bleibt, auch wenn er/sie keine konsequente Folgetat begeht oder begehen kann» (NW 1990, S. 195). *Für mich ist es völlig undenkbar, einen Aufruf zu unterzeichnen, wenn ich zur Folgetat nicht bereit bin.* Ich selbst habe den Militärdienst nicht verweigert, obwohl ich kurz davor stand. Ich hatte zuviel Angst und fühlte mich in meiner Angst auch allein. Und nun soll ich junge Leute auffordern, etwas zu tun, wozu ich selbst den Mut nicht hatte? Zwar würde mich das Unterschreiben des Aufrufs «kriminalisieren», doch würde diese strafrechtliche Konsequenz, ja sogar die Konsequenz einer Zivilschutzverweigerung in keinem Verhältnis zur Konsequenz einer Militärdienstverweigerung stehen.

Gegen eine Ethik des Ungehorsams?

Immer wieder bekommen wir KritikerInnen des Aufrufs zu hören, wir kritisierten den zivilen Ungehorsam an sich. Woher diese Fehlinterpretation? Beat Rüegger z.B., der diesen Ungehorsam selbst praktiziert hat, hat sich mehrmals explizit zum zivilen Ungehorsam bekannt. Ich meine im Gegenteil, dass *ziviler Ungehorsam* heute notwendiger ist denn je. Erich Fromm schrieb einmal, die Geschichte menschlicher Freiheit habe mit einem Akt des Ungehorsams begonnen, als Eva verbotenerweise einen Apfel vom Baum der Erkenntnis ass. Es sei durchaus denkbar, dass die Menschheitsgeschichte mit einem Akt des Gehorsams zu Ende gehe, indem wir aus lauter Konformität, Phantasielosigkeit und Ichbezogenheit in eine Katastrophe hineinschlittern. Idealtypisch beschreibt (und fordert) er den revolutionären Charakter, der aus Liebe zum Leben überall dort ungehorsam ist, wo das Leben in Gefahr ist.

Die Zukunft unserer Welt war kaum je so bedroht wie heute. Ziviler Ungehorsam ist ein wichtiges Mittel im *Widerstand gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen* und Lebenschancen der Menschheit, der Natur überhaupt. Nur müssen solche Ungehorsamsakte individuelle und *selbstverantwortete Akte* sein, auch dann, wenn sie sinnvollerweise kollektiv begangen werden. Dazu kann nicht aufrufen, wer nicht bereit ist, gleich oder ähnlich konsequent zu sein.

Eine andere Betrachtungsweise

Vor dem 26. November gab es innerhalb der GSoA einen gewissen Konsens (oder bilde ich mir diesen Konsens nur ein?): Die Zeit nachher sollte eine Art Denkpause sein, Pause einerseits für Leute, die aus familiären und beruflichen Gründen in dieser Intensität nicht weitermachen können, Pause zum Denken andererseits. Ich machte vor längerer Zeit im GSoA-Vorstand den Vorschlag, jeweils eine gewisse Zeit für *Reflexion und Selbstreflexion* einzusetzen. Die Idee wurde an sich für sinnvoll befunden, zugleich wurde dieses «Traktandum» als fakultativ erklärt. Dass dann bei all den anfallenden konkreten Aufgaben vor der Abstimmung keine Zeit für vertiefte Reflexion blieb, verwundert nicht.

Mir scheint, dass das Ergebnis vom 26. November ein solches Hochgefühl erzeugt hat, dass viele von uns keine Denkpause, sondern weitere *«Aktion»* wollen. Aktion erhält den Vorzug vor Reflexion. Das heisst nicht, dass die AG «Amnestie jetzt» z.B. keine Denkarbeit geleistet hätte! Nur geht sie wesentliche Fragen, die innerhalb der GSoA zwar immer wider gestellt, nie aber beantwortet wurden, auf der Ebene der Aktion an, statt zuerst einmal auf der Ebene der Reflexion. So war das Verhältnis von Mann und Frau auch innerhalb der GSoA ein jahrelang nie richtig reflektiertes Thema. Jetzt, da wir Zeit haben, wäre Selbstreflexion gefragt. Davon verspüre ich wenig. Es ist für mich eine Scheinlösung, wenn die Frauen «ihren Antimilitarismus... auch einmal durch einen kriminalisierbaren Tatbeitrag direkt bekräftigen» können (Marc Spescha, NW 1990, S. 195), wobei sie unvergleichlich viel weniger riskieren als jene Männer, die dem Aufruf tatsächlich Folge leisten.

Ein weiterer Aspekt ist unsere *Identität als radikale Gruppe*. Lange hatten wir das Stigma der extremen politischen Position. Nach dem 26. November aber klopften uns alle möglichen Menschen bis weit ins Bürgertum hinein anerkennend auf die Schulter. Was machen wir nun mit dieser über eine Million Streicheleinheiten? Sind wir noch eine radikale Gruppe? Könnte der «kriminalisierbare» Aufruf nicht *auch* der Versuch sein, diese manchmal schmerzhaft, oft aber auch lustvoll erfahrene radikale Identität zu bewahren? Die Frage der Identität der GSoA nach dem 26. November *ist* ein Problem, kann es gar nicht anders sein. Wir sollten uns Zeit nehmen, über unsere Zukunft mehr nachzudenken.

Und schliesslich: Könnte die Tendenz zur Aktion auch der Versuch sein, einer skeptischeren Beurteilung des Ergebnisses vom 26. November auszuweichen? Dürfen wir diese 35,6

Prozent Ja-Stimmen einfach in unserem Sinn verbuchen, als Bekenntnis zu einer anderen Schweiz? So sehr viele Menschen in der Schweiz das Veränderungspotential *vor* dem 26. November unterschätzten, so sehr müssen wir uns hüten, es heute nicht zu überschätzen. Bei jungen Menschen soll die armeekritische Haltung besonders verbreitet sein – zugleich dominieren in dieser Generation auch fremdenfeindliche Einstellungen. Stimmten 35,6 Prozent nicht nur gegen die Armee, sondern auch *für eine umfassende Friedenspolitik?* Ich vermute, dass diese umfassende Friedenspolitik im Zentrum einer zweiten Initiative stehen wird. Die Armee, wie sie ist, als Schule der Nation, als Symbol für die Schweiz, als Verkörperung der Igelmentalität, all das wird bei zunehmender «Integration» der Schweiz in Europa bald einmal Schnee vom letzten Jahr sein. Die Armee, die wir in einer zweiten Abstimmung in Frage stellen wollen, könnte eine wesentlich andere Armee sein als die heutige, vielleicht eine in eine europäische Armee integrierte, mit einer Stossrichtung nicht gegen den Osten, sondern gegen den Süden, gegen die Flüchtlinge, gegen das Elend und das revolutionäre Potential der Armen dieser Welt. Wenn aber die umfassende Friedenspolitik im Zentrum stehen wird, so wird von uns eine grosse Denkleistung verlangt werden, um diese nicht nur zu definieren, sondern sie auch in die öffentliche Sprache umzusetzen. Um die Radikalität und um unsere radikale Identität brauchen wir uns dann keine Sorgen mehr zu machen.

Vorschläge und Denkanstösse

1. Nichts gegen den zivilen Ungehorsam, Kritik jedoch an der Form. Warum nicht, was ich schon einmal vorschlug, eine *Zweiteilung?* Wer den Militärdienst oder den Zivilschutz verweigert oder dies zu tun beabsichtigt, protestiert mit einer Art Bekenntnis gegen den Skandal der Kriminalisierung der Militärverweigerung und begeht einen *«eigenständigen Ungehorsamsakt»*. Wer diese Konsequenzen nicht tragen will oder (als Frau z.B.) nicht tragen kann, unterschreibt eine *Solidaritätserklärung*.
2. Es besteht die Gefahr, dass die CVP mit ihrer *Zivildienstinitiative* das Thema «besetzt». In einer Abstimmung könnte durchaus einer Lösung zugestimmt werden, die zwar besser ist als die heutige, bei weitem aber nicht dem entspricht, was wir für uns als Zwischenschritt auf dem Weg zu einer Schweiz ohne Armee akzeptieren können. Zudem kämen wir *ohne eigenes Zivildienstkonzept* in eine schwierige Situation, wenn wir irgendwann zur CVP-Initiative Stellung nehmen müssten. Warum lancieren wir nicht eine eigene Initiative, in der wir, als ausdrücklichen Zwischenschritt auf dem Weg zu einer armeefreien Schweiz, einen Zivildienst fordern, der genau gleich lang ist wie der Militärdienst? Diese Initiative sollte nicht von der GSoA allein, sondern zusammen mit anderen fortschrittlichen Personen, Gruppen und Parteien lanciert werden.
3. Und schliesslich: Seien wir eine Zeitlang weniger aktionsbegierig, weniger ungeduldig. Nehmen wir uns Zeit, eine *zweite Initiative* vorzubereiten und vorzudenken. Befassen wir uns intensiv mit der armeefreien umfassenden Friedenspolitik innerhalb der GSoA und tragen wir diese Diskussion auch in die Gruppen und Parteien ausserhalb der GSoA hinein. Fitzgerald Crain

Die Verführungskraft der Machtspiele

Ich will den zum Aufruf Entschlossenen ihre persönliche Integrität nicht absprechen. Sie sind offenbar zum Martyrium bereit und hoffen, in unserer lethargischen Gesellschaft damit etwas zu bewegen. Da sie sich aber nicht blindlings hineinstürzen, sondern diskussionsbereit und kritikfähig sind, bringe ich als Gegner solchen Vorgehens meine Bedenken gern ein.

Handlungsdruck?

Zum ersten ist da die Hypothese, dass eine Massenverweigerung politischen Handlungsdruck erzeuge. Sicher passiert nachher etwas. Nur ist die entscheidende Frage, ob es das ist, was man sich wünscht. Dass es zu einer *schnellen und menschenwürdigen Lösung* kommt, zu deren Ausarbeitung auch die Verweigerer eingeladen werden, ist angesichts des CH-Politalltags ziemlich die *unwahrscheinlichste Variante*. Viel eher besinnen sich die Entscheidungsmächtigen unseres Landes wohl auf ihre Praktiken des Verzögerns und der Einsetzung einer Kommission, die einen CH-Sonderfallartikel ausformuliert, der mit seiner Inkraftsetzung schon veraltet ist, aber den Effekt hat, dass Verbesserungen um einige Jahrzente zurückgestellt werden können.

Zum zweiten ist da die *Ausserkraftsetzung von demokratischen Spielregeln.* Es sei die Frage erlaubt: Wie hätten die jetzt Aufrufwilligen reagiert, wenn nach einer Annahme der GSoA-Initiative irgendwelche Gruppen oder Politiker dazu aufgerufen hätten, die Waffen nicht abzugeben und regionale Armeen einzusetzen? Das ist übrigens nicht nur eine Spinnerei, sondern die laut vorgetragene Idee eines FDP-Politikers aus dem Kanton St. Gallen vor dem 26. November 1989.

Defizit in umfassender Friedenspolitik

Es ist schon richtig, dass «Demokratie» nicht zu reduzieren ist auf «Mehrheit» und «Legalität».

Sie könnte auch dadurch gekennzeichnet sein, dass *Minderheiten oder «Verlierer»* von Abstimmungen an den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen *beteiligt bleiben*. Erstens, indem sie sich mit konkreten Vorschlägen und Entwürfen bemerkbar machen und zweitens, indem sie in ihrer Bedeutung als *Teil der Staatsgemeinschaft* ernst genommen werden.

Letzteres war bis kurz vor dem 26. November 1989 kaum der Fall und danach nur noch unterschwellig in einem gewissen Unbehagen, das die Abstimmung im EMD zurückliess. «Verschwiegen und vergessen» wurde die GSoA wohl auch darum, weil Fichenaffäre und Umstürze im Osten die Presselandschaft seit dem November bestimmen. Aber - und das zu ersterem – auch darum, weil das Defizit des Abstimmungskampfes sich nach dem November 1989 als riesiges Loch in der GSoA bemerkbar machte. Konkrete Vorschläge, qualifizierte Entwürfe, exemplarische Aktionen und zumindest regional koordinierte Experimente einer umfassenden Friedenspolitik gab und gibt es immer noch nur am Rande der Bewegung. *Konstruktive Arbeit* erfordert nun einmal mehr Geduld, Phantasie und vor allem umfassendes persönliches Engagement als alle Aufrufe «gegen». Wo eigentlich sind die Leute in der GSoA, die mit ihrem politologischen und sonstigem Fachwissen bei der CVP und ihrer Zivildienstkommission sich bemerkbar machen und eigene Vorschläge unterbreiten?

Illegalität disqualifiziert

Sogenannt «historisch» ist der geplante Aufruf also wohl nur darum, weil er motiviert ist durch Ärger und Wut über die Kurzlebigkeit des Interesses an der wirklich CH-historischen Abstimmung vom 26. November 1989. «Jetzt muss endlich wieder etwas laufen», ist das Motto. Keine Geduld und keine langfristige Strategie ist gefragt, sondern mann will wieder wie vor der Abstimmung bei den *politischen Machtspielen* präsent sein – und am schnellsten geht das ja, wenn mann provoziert mit Illegalität. Nur – in der satten CH ist die Zeit der «Volksbewegungen» entweder vorbei (Arbeiter 1918), leider(!!) zu leicht niederzuschlagen (80er Jugendunruhen) oder noch nicht da (Wirtschafts- und Ökokollaps). Politisch zu erwarten ist nach dem Aufruf wohl dies: Das schnell provozierende Mittel ruft nach noch schnellerer Disqualifizierung und Abfertigung der «Querulanten». Die Entscheidungsmächtigen von CH definieren kaum gehindert die politische Akzeptanz zu ihren Gunsten und zur wohlgefälligen Ruhe der Konsumgesellschaft.

Der *Sündenbock* für das Abflauen der Bewegung für eine armeefreie CH und für die ungebremsten Werbe- und Publicityaktionen eines Herrn Villiger ist auch schon gefunden: *«König Mehrheit»* heisse er. Die Bezeichnung selbst kehrt den Vorwurf um und zeigt deutlich die Inkonsequenz gegenüber dem eigenen Anliegen der Aufrufwilligen. Eine Minderheit klagt über ihre Entwürdigung und weiss nichts besseres als umgekehrt zu entwürdigen. Die Folge ist die gleiche wie bei einem Streit zwischen zwei Personen: Gesichtsverlust verunmöglicht das Gespräch.

Klage an den Europäischen Gerichtshof?

Die Behandlung der Verweigerer in CH ist ein *Skandal,* das ist keine Frage. Ein Skandal lässt sich aber als solcher nicht dramatisieren (sonst wäre er nämlich keiner und das Drama ein Theater). Es besteht nur die Möglichkeit, ihn präsent zu halten durch dauernde Information (vgl. z.B. die Arbeit von amnesty international). Und dies muss und kann durchaus auf der Ebene geschehen, auf der er wirklich ein Skandal ist: Stichwort Menschenrechte. Und es kann geschehen, indem die Präsenz des Skandals markiert wird in der europäischen Öffentlichkeit.

Mein *konstruktiver Vorschlag* also: Weshalb nicht ein Aufruf an und juristische Hilfe für alle Verweigerer, an den Europäischen Gerichtshof zu gelangen und CH wegen Menschenrechtsverletzung einzuklagen?

Zwei *konkrete Anfragen* an die Aufrufwilligen seien gestellt:

1. Wer ist eigentlich der Adressat der Aktion? Eine undefinierbare «öffentliche Meinung» oder die Parteien oder Herr Villiger oder...? Und welche konkreten Reaktionen und Verhaltensweisen erwartet ihr, auf welche habt ihr euch eingestellt und auf welche nicht?
2. Die GSoA-Initiative hat in allen Alters- und sozialen Schichten Ängste vor «Verlust der Sicherheit» ausgelöst. Welche «Massen», glaubt ihr, werden den Aufruf unterschreiben und vor allem durchtragen?

Zur Inkonsequenz im eigenen Anliegen für Gewaltfreiheit noch folgendes: «Notwehrakte», «Akte zivilen Ungehorsams» sind die *letzten Möglichkeiten* eines gewaltfreien Weges – danach gibt es bei konsequentem Pazifismus nur noch das Ertragen der Unterdrückung und vielleicht weitere Versuche, gewaltfrei Widerstand zu leisten. Sie sind m. E. ethisch dann gerechtfertigt, wenn alle anderen Wege begangen und abgeblockt worden sind und wenn die Unterdrückten dann selber nach diesem Mittel greifen. Ich denke, es ist sowohl politisch unklug als auch gefährlich (s.o.), jetzt diese letzte Möglichkeit zu ergreifen. Und es ist *ethisch nicht gerechtfertigt,* weil die beiden genannten Bedingungen nicht erfüllt sind.

Carlo Capaul